



STADT AICHTAL

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates

Verhandelt am: 22.11.2023

Anwesende Stadträte: 16

Abwesende Stadträte: 2

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr
Ende der Sitzung: 22:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Sebastian Kurz

Stadträte

Herr Friedemann Alber

Herr Mathias Auch

Herr Markus Brecht

Herr Marc Bubeck

Herr Adalbert Bund

Herr Ernst Harrer

Herr Jörg Harrer

Herr Jörg Kimmich

Herr Jugoslav Lukic

Herr Christoph Mack

Frau Nadine Madera

Herr Gunter Schaal

Frau Pia Schwarz

Herr Jürgen Steck

Frau Eva Sturm

Herr Thomas Vater

von der Verwaltung

Herr Horst Dieter

Frau Andrea Hecht

Herr Matthias Hirn

Herr Stefan Ochs

Frau Svendia Strauß

Frau Selina Sysol

Schriftführung

Frau Sabine Zalder



STADT AICHTAL

Abwesend:

Stadträte

Frau Andrea Look

Herr Jürgen Weinmann

T a g e s o r d n u n g:

- § 1 Stadtentwicklung: Umgestaltung Hindenburgplatz in Aichtal-Grötzingen - weitere Vorgehensweise Entwurfsphase und Vorstellung Beteiligungsprozess
- § 2 Haushaltsplanung 2024 - Anträge der Fraktionen
- § 3 Stadtentwicklung: 9. Änderung B-Plan "Schönblicksiedlung" - Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
- § 4 Freiwillige Feuerwehr Aichtal - gemeinsames Feuerwehrhaus
- § 5 Mitarbeiterbindung bei der Stadt Aichtal, hier: Gesundheitsförderung
- § 6 Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung
- § 7 Fragen und Anregungen aus der Bürgerschaft
- § 8 Verschiedenes

Zur Beurkundung:

Der Vorsitzende:
Bürgermeister

Schriftführerin:

Stadträte:



STADT AICHTAL

Vor dem Einstieg in die Tagesordnung meldet sich Stadtrat Steck zu Wort. Er beantragt die Absetzung des Tagesordnungspunktes 4 Freiwillige Feuerwehr Aichtal - gemeinsames Feuerwehrhaus. Er liest den Text des am 19.7.2023 zu diesem Thema gefassten Beschlusses vor:

1. Die Standortvariante 1 des Büro KPLan wird als Vorrangvariante weiterverfolgt. Die Standortvarianten 2 und 3 werden parallel als weitere Optionen gehandelt. Die entsprechenden Schritte zur Schaffung des Planungsrechts im Bereich Standortvariante 1 sind von der Verwaltung in die Wege zu leiten. Die Grunderwerbsverhandlungen sind aufzunehmen.
2. Die Freiwillige Feuerwehr Aichtal und die Stadtverwaltung werden beauftragt, einen Prozess zu initiieren, der als Zieldefinition die Zusammenlegung der bestehenden Einsatzabteilungen mit Fertigstellung der neuen Feuerwache an diesem Standort beinhaltet. Mit dem Bezug des neuen Komplexes werden die vorhandenen Standorte der Freiwilligen Feuerwehr Aichtal einer nachhaltigen Weiterverwendung zugeführt.

Stadtrat Steck begründet seinen Antrag damit, dass mit diesem Beschluss kein Grund vorliegt, das Thema neu zu diskutieren. Das weitere Vorgehen ist hier ganz klar festgelegt. Er bittet, über seinen Antrag abstimmen zu lassen.

Bürgermeister Kurz nimmt vor der Abstimmung über diesen Antrag zum Thema Stellung. Er stellt fest, dass es trotz dieser vorliegenden Beschlüsse unterschiedliche Interpretationen gibt. Ihm ist wichtig, Klarheit zu schaffen. Die Verwaltung braucht diese, um weiterarbeiten zu können. Deshalb liegt zum Tagesordnungspunkt 4 ein klarer Beschlussvorschlag auf dem Tisch, der einen Grundsatzbeschluss zum Feuerwehrmagazin sowie zur Zusammenführung der Abteilungen, das Thema Mediation und ein Beteiligungsformat für die Feuerwehr enthält. Bürgermeister Kurz verweist auf konkret vorliegende Beschlüsse mit dem eindeutig definierten Ziel eines gemeinsamen Standorts. Dies ist das Ergebnis jahrelanger Lösungssuche, die bereits erhebliche Planungskosten verursacht hat. Die Verwaltung braucht Unterstützung für das Projekt. Liegt diese nicht vor, stellt sich die Frage, wie es weitergehen soll.

Für Bürgermeister Kurz gibt es drei mögliche Konsequenzen: Erste Konsequenz wäre, das Projekt vorerst auszusetzen. Das Bebauungsplanverfahren könnte weiterlaufen. Aber alle Prozesse zur Zusammenlegung nicht. Hierzu benötigt es ein eindeutiges Bekenntnis des Gemeinderats. Zweite Konsequenz wäre, den Haushaltsplan neu zu überdenken. Die dritte Konsequenz wäre, eine Alternative für Grötzingen zu finden. Bislang ist hier kein sinnvoller Weg erkennbar, auch die Feuerwehr brachte keine konkreten Ideen ein. Abschließend stellt der Bürgermeister fest, dass es nach 13 Jahren Planung und vom Gemeinderat ausgewählten Standort keinen ergebnisoffenen Prozess mehr geben kann. Er stellt nochmals die Frage in den Raum, wie es weitergehen soll.

Abschließend fasst der Gemeinderat mit 14 Ja-Stimmen und drei Nein-Stimmen folgenden

B e s c h l u s s:



Tagesordnungspunkt 4 Freiwillige Feuerwehr Aichtal - gemeinsames Feuerwehrhaus wird von der Tagesordnung genommen.

Bürgermeister Kurz fordert den Gemeinderat auf, ihm mitzuteilen, wann wieder darüber beraten werden soll.

§ 1

Stadtentwicklung: Umgestaltung Hindenburgplatz in Aichtal-Grötzingen - weitere Vorgehensweise Entwurfsphase und Vorstellung Beteiligungsprozess

Jeder Stadtrat erhielt zu diesem Tagesordnungspunkt die Vorlage Nr. 169/2023, die diesem Protokoll beigelegt ist.

Bei diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Bürgermeister Kurz Herrn Haas vom Büro haas-cookzemmrch, das die Pläne für die Umgestaltung des Hindenburgplatzes erarbeitet.

Aus den Reihen des Gemeinderates wurde die Umgestaltung des Hindenburgplatzes gefordert. Entsprechende Mittel sind im Haushalt 2023 und im Entwurf für den Haushalt 2024 berücksichtigt. Aufbauend auf der vorgestellten Machbarkeitsstudie stellt Herr Haas nun gestalterische Grundkonzepte vor, die als Grundlage für die weitere inhaltliche Diskussion und den Prozess der Bürgerbeteiligung dienen sollen. Die öffentliche Fläche, die Gegenstand der Umgestaltung ist, befindet sich in einer zentralen Lage und bietet großes Potenzial für die Verbesserung der Lebensqualität unserer Gemeinde. Die Umgestaltung soll dazu dienen, den Raum attraktiver, funktionaler und nachhaltiger zu gestalten.

Bürgermeister Kurz stellt klar, dass heute kein Beschluss über die Gestaltung des Platzes gefasst werden soll sondern lediglich die Grundlage für die Bürgerbeteiligung, die dem Gemeinderat sehr wichtig ist, geschaffen werden soll. Er verweist auf die Belange der Denkmalpflege. Beim Hindenburgplatz handelt es sich um einen ehemaligen Pestfriedhof. Deshalb ist zu klären, ob es dort Massengräber aus der Pestzeit gibt.

Das Büro haas-cookzemmrch aus Stuttgart hat hierfür in einer ersten Machbarkeitsstudie im Juli 2023 eine Ideenskizze vorgestellt. Aufbauend auf diese Entwürfe stellt Herr Haas nun mit Hilfe einer Computerpräsentation die weitere Vorgehensweise und insbesondere das Format und die Inhalte des Beteiligungsprozesses vor. Herr Haas freut sich über das Bekenntnis des Gemeinderats zur Entwicklung einer Ortsmitte. Heute soll jedoch lediglich der Hindenburgplatz, ein Baustein dieser Ortsmitte, beleuchtet werden. Dieser Platz bildet den Auftakt und mit ihm kann der historische Ortseingang gestärkt werden. Für den Platz gibt es zwei mögliche Grundkonzepte, die auch Grundlage der Bürgerbeteiligung sein sollen. Zu betrachten sind das Kriegerdenkmal sowie die Parkplätze. Variante 1 bezieht das Parken mit ein, Variante 2 nicht. Letztere wäre im Hinblick auf den Denkmalschutz die Geeignere. Herr Haas stellt weiter die möglichen Themen der Bürgerbeteiligung vor. Es wären dies der Betrachtungsraum, die Gestaltung des neuen Auftakts für die Ortsmitte, das Kriegerdenkmal sowie die Parkplätze. Er geht auch auf das weitere Vorgehen ein. Anfang 2024 könnte die Bürgerbeteiligung stattfinden. Diese sollte von einem externen Büro durchgeführt werden.



Stadtrat Kimmich ist der Ansicht, dass offen in die Bürgerbeteiligung gegangen werden sollte. Bei den Haushaltsplanberatungen müssen zudem auch die Finanzen angesprochen werden.

Herr Haas ist wichtig, dass zuerst Grundprinzipien festgelegt werden. So sind beispielsweise die Parkplätze größter Kostentreiber. Für die Bürgerbeteiligung ist wichtig, ein Optionspaket zu schnüren und dieses dann aufzeigen. Die Bürger können sich dann zu diesen Grundprinzipien äußern.

Stadtrat Bund gefallen die Vorschläge von Herrn Haas. Er stellt allerdings fest, dass Parkplätze gebraucht werden. Außerdem interessiert ihn, ob es für die einzelnen Varianten wenigstens ungefähre Kostenberechnungen gibt.

Herr Haas verneint dies. Die Stadt muss zuerst hausintern über das Budget diskutieren. Wichtig für die Kosten ist auch der Betrachtungsraum. Er ist aber durchaus optimistisch, dass auch kleine kostengünstige Lösungen gefunden werden können, die den Platz aufwerten.

Stadtrat Schaal ist es wichtig, erst einmal einen gemeinsamen Nenner zu finden, wohin die Reise gehen soll. Die Bevölkerung muss hier unbedingt mitgenommen werden. Der Beteiligungsprozess sollte zügig gestartet und durch ein Fachbüro begleitet werden. Er würde begrüßen, wenn Herr Haas dabei wäre und fragt diesen, ob er so etwas schon einmal gemacht hat und wie die Vorgehensweise wäre.

Herr Haas erklärt, dass die Planenden nicht auch die Beteiligung durchführen sollten. Zu gerne wird unterstellt, sie seien nicht objektiv. Deshalb ist ein Moderator notwendig.

Bürgermeister Kurz erklärt, dass hierfür noch keine Angebote vorliegen.

Stadtrat Steck verweist auf die Emotionalität dieses Themas. Die Bürgermeinung ist wichtig, es darf keine Schranken geben, die Diskussion muss ganz offen sein. Er stellt ausdrücklich fest, dass man Zeit hat und betont, dass er sich auf den Prozess freut.

Stadträtin Schwarz bittet, dass bis zur Bürgerbeteiligung die Stellungnahme der Denkmalpflege vorliegt.

Herr Haas geht nochmals auf die Planvarianten ein. Sie informieren und zeigen die Planungsfunktionen auf. Mit ihnen soll die Meinung der Bürger abgeholt werden. Daraus kann dann ein Konzept entwickelt werden, ebenfalls wieder mit zwei oder drei Varianten. Diese werden dann dem Gemeinderat, auch mit Kostennennung, vorgestellt.

Abschließend fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen

B e s c h l u s s :

1. Die Grundkonzepte des Büro haascookzemmrich für die mögliche Umgestaltung des Hindenburgplatzes, die als Grundlage für den Beteiligungsprozess dienen sollen, werden gebilligt.



2. Der vorgeschlagenen weiteren Vorgehensweise wird zugestimmt.
3. Für den Beteiligungsprozess wird ein externes Büro beauftragt. Das Format der Bürgerbeteiligung wird dem Gemeinderat vorgestellt und diskutiert.
4. Vor weiteren Planungsleistungen muss die Stellungnahme des Landesamts für Denkmalpflege eingeholt werden.

§ 2

Haushaltsplanung 2024 - Anträge der Fraktionen

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhielt jeder Stadtrat die Vorlage Nr. 166/2023. Sie ist diesem Protokoll beigelegt.

Die Verwaltung hat in der Sitzung am 11.10.2023 den Haushaltsentwurf und den Entwurf der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe für das Jahr 2024 in öffentlicher Sitzung eingebracht. In diesem Kontext fand am 20.10.2023 auch eine Klausurtagung statt. Die Fraktionen hatten nunmehr Zeit, ihrerseits entsprechende Anträge zu formulieren und diese der Verwaltung zukommen zu lassen.

Bürgermeister Kurz stellt fest, dass in Anbetracht der finanziellen Situation auch die Verwaltung noch Vorschläge einbringen wird, da aus ihrer Sicht der Haushalt in der derzeitigen Form nicht genehmigungsfähig sein wird. Die Zahlen aus dem Finanzausgleich (FAG) haben sich in den letzten Tagen deutlich verändert. Die Verwaltung hat die Anträge der Fraktionen aufbereitet und entsprechende Stellungnahmen verfasst.

Neben den Beschlüssen fließen noch nachgemeldete Maßnahmen ein, die nach dem Redaktionsschluss und nach der Klausurtagung eingingen. Dies sind die Sanierung des Kunstrasenplatzes in Grötzingen mit 150.000 Euro, die Sanierung der Friedhofsmauer in Aich mit 30.000 Euro und 10.000 Euro für einen Mulcher beim Bauhof.

Stadtkämmerer Dieter geht zu Beginn auf die deutlichen Verschlechterungen ein, die sich seit der Einbringung des Haushalts und der Klausurtagung ergeben haben. Die Kreisumlage wird geschätzt um 203.000 Euro steigen, der Einkommensteueranteil dagegen um 464.000 Euro sinken, ebenso der Umsatzsteueranteil um 13.000 Euro, der Familienleistungsausgleich um 25.000 Euro. Es bleiben damit 705.000 Euro, die im Haushalt fehlen. Herr Dieter berichtet, dass das Landratsamt bereits vorab einen Blick auf den Haushaltsentwurf warf und feststellte, dass er so wie jetzt vorliegend nicht genehmigungsfähig ist. Die Vorschläge der Verwaltung sollen dazu beitragen, die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts herzustellen. Sie wurden teilweise aus der Not geboren.

Bürgermeister Kurz leitet nun zu den Fraktionsanträgen über. Er bittet alle um eine disziplinierte Vorgehensweise, um gut durch die Sitzung zu kommen. Begonnen wird mit den Anträgen der Fraktion der Grünen.



Antrag Nr. 1

Dieser Antrag hat das Selbstverbuchungsterminal in der Bücherei zum Inhalt.

Einstimmig fasst der Gemeinderat hierzu folgenden

B e s c h l u s s:

Dem Antrag auf Streichen des Selbstverbuchungsterminals in der Bücherei wird zugestimmt.

Antrag Nr. 2

Dieser Antrag hat den Dirt Track zum Inhalt.

Stadtrat Schaal stellt fest, dass zwischenzeitlich zu diesem Thema neue Erkenntnisse vorliegen. Seine Fraktion zieht diesen Antrag deshalb zurück.

Antrag Nr. 3

Dieser Antrag hat die Festhalle Aich zum Gegenstand.

Stadtrat Steck bemängelt zuerst, dass den Gemeinderäten die Stellungnahmen der Verwaltung nicht vorliegen. Er erläutert die Beweggründe für die Stellung dieses Antrags. Seiner Fraktion ist wichtig, dass die Festhalle vielleicht optisch etwas schöner gemacht wird und dass man sie einfach die nächsten Jahre im Auge behält.

Bürgermeister Kurz verweist darauf, dass für 2024 Mittel für die Verbesserung der Mikrofonanlage sowie die Neuanschaffung von Stühlen enthalten sind. 2025 sind Mittel für die Sanierung der sanitären Anlagen vorgesehen.

Herr Hirn sagt zu, Kosten für einzelne Verbesserungen vorzulegen, über die der Gemeinderat dann beschließen kann.

Stadtrat Steck begrüßt dies. Der Antrag dient vor allem als Arbeitsauftrag.

Einstimmig fasst der Gemeinderat folgenden

B e s c h l u s s:

Dem Antrag auf Entwicklung eines Konzepts zur Sanierung oder Neubau einer Festhalle wird dahingehend zugestimmt, dass die Kosten ermittelt werden und sodann neu darüber beraten wird.



Antrag Nr. 4

Stadtrat Schaal zieht den Antrag, der den Kommandowagen für die Feuerwehr betrifft, zurück, da er später noch behandelt wird.

Antrag Nr. 5

Stadtrat Steck stellt fest, dass das Thema Ladestationen zwischenzeitlich im Ausschuss für Technik und Umwelt behandelt wurde und sich der Antrag damit erübrigt hat.

Bürgermeister Kurz erklärt, dass die genannte Zahl von vier Ladestationen ein konkreter Antrag ist.

Stadträtin Schwarz ist wichtig, vor einem Baubeschluss zu erfahren, wie die bisher vorhandenen Ladestationen genutzt werden.

Stadtrat Kimmich verweist auf die Bürgerumfrage zu diesem Thema und die Matrix, die das Ergebnis aufzeigen wird. Er geht davon aus, dass dieses im Gemeinderat vorgestellt wird. Ihn interessiert, wie viel Ladestationen man für 60.000 Euro installieren könnte.

Bürgermeister Kurz erklärt, dass eine Ladestation circa 15.000 Euro kostet. Die Kosten für Supercharger liegen bei 70.000 Euro. Selbstverständlich wird man nach Fördermöglichkeiten schauen.

Abschließend fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen

B e s c h l u s s:

Dem Antrag für den Bau zusätzlicher Ladestationen für E-Autos wird zugestimmt.

Antrag Nr. 6

Stadtrat Steck erinnert daran, dass vergangenes Jahr vom Gemeinderat Ladecubes für E-Bikes abgelehnt wurden, weil dies sehr teuer gewesen wäre. Der Vorschlag seiner Fraktion ist deutlich günstiger. Zudem werden damit auch die Gastronomie und der Radtourismus gefördert.

Bürgermeister Kurz verweist auf den Verwaltungsaufwand in Relation zum Nutzen.

Stadtrat Steck widerspricht dem. Es sollte möglichst einfach gehandhabt werden. Die Gastronomen werden angeschrieben und wenn sie den Zuschuss möchten, bekommen sie ihn.

Stadtrat Kimmich begrüßt den Vorschlag der Grünen. Er regt an, diese Aufgabe dem Klimaschutzmanager zu übertragen.



Bürgermeister Kurz stellt fest, dass dies eine Sekretariatsaufgabe wäre, man jedoch Personalengpässe hat.

Stadtrat J. Harrer begrüßt diese Art der Förderung der Gastronomie. Auch er hält den Aufwand für überschaubar.

Herr Dieter verweist eindringlich auf die prekäre Haushaltssituation. Es ist absolut nicht zu-träglich, jetzt noch weitere freiwillige Aufgaben zu übernehmen.

Trotzdem fasst der Gemeinderat abschließend mit 12 Ja-Stimmen und fünf Nein-Stimmen folgenden

Beschluss:

Dem Antrag für die Förderung von Ladestationen für E-Bikes wird zugestimmt.

Antrag Nr. 7

Stadträtin Madera bemängelt einleitend ebenfalls, dass die Stellungnahmen der Verwaltung zu den einzelnen Anträgen dem Gemeinderat nicht vor der Sitzung zur Verfügung gestellt wurden. Sie sind zudem aufgrund der geringen Schriftgröße für die Anwesenden kaum lesbar.

Bürgermeister Kurz erklärt hierzu, dass die Aufnahme der Verwaltungsstellungnahmen in die Vorlage nicht möglich war, da teilweise die Anträge nicht fristgemäß bei der Verwaltung gestellt wurden. Außerdem mussten die Anträge in der Verwaltung gründlich geprüft werden. Er bittet hier um Nachsicht.

Stadträtin Madera stellt fest, dass die Fraktion der Grünen die Beauftragung eines externen Büros für Stadtentwicklungsplanung für wichtig erachtet, vor allem, um in diesem Bereich einen ganzheitlichen Ansatz zu schaffen.

Stadtrat Steck ergänzt, dass andere Kommunen dies auch so handhaben. Selbst wenn hierfür eine neue Stelle geschaffen wird, ist er überzeugt, dass dies nicht im gewünschten Umfang geleistet werden kann. Ergänzend beantragt er, hierfür einen Betrag von 40.000 Euro anzusetzen.

Abschließend lehnt der Gemeinderat diesen Beschlussantrag mit vier Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen ab.

Antrag Nr. 8

Stadtrat Schaal erläutert zum Antrag der Grünen, Stellen überwiegend befristet auszuschreiben, dass dies in der Industrie so gehandhabt wird. Er sieht dies auch als eine Möglichkeit für die Stadt, die Personalkosten zu senken.



Stadträtin Schwarz warnt vor diesem Vorgehen. Eine Stellenbefristung schreckt viele Bewerber ab. Ironisch stellt sie fest, dass tatsächlich gespart würde, wenn man das so machte. Denn dann bewirbt sich schon gar niemand und die Stelle kann nicht besetzt werden. Sie bittet zu bedenken, dass die Jobs in der öffentlichen Verwaltung zwar sicher sind, man in der freien Wirtschaft aber deutlich mehr verdient. Ihrer Ansicht nach sollte an dieser Stelle keinesfalls gespart werden.

Stadtrat E. Harrer stimmt dem voll zu. Es muss gutes Personal für die Stadt gewonnen werden, dies ist deshalb keine Lösung.

Hauptamtsleiterin Strauß dankt den beiden Stadträten für ihr Statement. Auch sie versichert, dass man so kein Personal gewinnt. Sie rät deshalb ebenfalls dringend von diesem Vorgehen ab. Zudem gibt es keine projektbezogenen Stellen, da die Stadt die Aufgaben oft nicht selbst in der Hand hat.

Stadträtin Madera hält es für eine Möglichkeit, angesichts der sehr hohen Personalkosten auf diese Weise Geld einzusparen.

Bürgermeister Kurz ist die Mitarbeiterbindung wichtig. Sie kann so nicht erreicht werden. Bei der Stadt wird vor allem Personal für die Erledigung der Pflichtaufgaben benötigt.

Abschließend lehnt der Gemeinderat diesen Beschlussantrag mit drei Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen ab.

Antrag Nr. 9

Die SPD/UL-Fraktion beantragt die Wiederinbetriebnahme des Trimm-dich-Pfades in Neuenhaus. Stadtrat J. Harrer empfiehlt dazu, Kontakt mit der Schönbuchverwaltung aufzunehmen und sich nach Fördermitteln zu erkundigen.

Stadtrat Steck unterstützt diesen Antrag.

Die Verwaltung kann diesen Antrag ebenfalls befürworten.

Abschließend fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

B e s c h l u s s:

Dem Antrag auf Erstellung eines Konzepts zur Wiederinbetriebnahme des Trimm-dich-Pfades wird zugestimmt. Hierfür werden im Haushaltsplan 2024 Mittel in Höhe von 2.000 Euro eingestellt.



Antrag Nr. 10

Stadtrat J. Harrer erklärt, dass es bei diesem Antrag vor allem um die Beschilderung des Friedhofs in Neuenhaus von der L 1185 her sowie der städtischen ausgelagerten Ämter geht.

Stadtrat Bubeck gibt zu bedenken, dass beim Friedhof Neuenhaus die Zufahrt nur über kleine Wohnstraßen führt und der Parkplatz zudem nur wenigen Autos Platz bietet.

Stadtbaumeister Hirn erklärt, dass sich die Verwaltung hierzu Gedanken machen wird.

Stadträtin Schwarz bittet in diesem Zusammenhang, einmal allgemein die vorhandene Beschilderung zu überprüfen. Viele Schilder sind verdreckt und sollten gelegentlich gesäubert werden.

Abschließend fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

B e s c h l u s s:

Dem Antrag, Schilder unter anderem für städtische Einrichtungen anzubringen, wird zugestimmt. Hierfür werden im Haushaltsplan 2024 Mittel in Höhe von 1.500 € eingestellt.

Anträge Nr. 11 und 12

Die SPD/UL-Fraktion beantragt die Schaffung einer grünen Ortsmitte in Aich und hierfür ergänzend die Bildung eines Arbeitskreises. Stadtrat J. Harrer erklärt sich bereit, Antrag Nr. 11 zurückzuziehen und die Ergebnisse des Arbeitskreises abzuwarten.

Bürgermeister Kurz erklärt, dass 2024 noch nichts umgesetzt werden kann. Erst einmal muss eine Planung erstellt werden.

Stadtrat Bund spricht sich für eine Bürgerbeteiligung aus. Weiter müssen die Kosten genau definiert werden. Der Gemeinderat wünscht hauptsächlich eine Nachbesserung des Belags, der stets viel Ärger verursacht. Hierfür sind sicher keine 170.000 Euro notwendig. Man sollte sich hierüber einmal im Ausschuss für Umwelt und Technik Gedanken machen.

Stadtrat Steck erklärt, dass allen die Probleme mit dem Belag bekannt sind. Er kann der Einstellung der Mittel in Höhe von 50.000 Euro zustimmen.

Auch Stadtrat Kimmich pflichtet bei, dass der Belag schlecht ist. Trotzdem sollte der Antrag Nr. 11 abgelehnt werden. 2025 können hierfür Mittel eingestellt werden, wenn die Planung genauer vorliegt.

Bürgermeister Kurz erklärt, dass im Januar 2024 die Planungen vorgestellt werden.

Abschließend fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen



B e s c h l u s s .

Dem Antrag auf Bildung eines Arbeitskreises für die Schaffung einer grünen Ortsmitte Aich wird zugestimmt. Der Gemeinderat bildet den Ausschuss in Eigenregie, kümmert sich um dessen Zusammensetzung und die Terminkoordination. Damit ist Antrag Nr. 11 zurückgezogen.

Antrag Nr. 13

Die SPD/UL-Fraktion beantragt die Erstellung eines Bebauungsplans für das Gebiet Mahdäcker in Neuenhaus.

Hierfür sind laut Verwaltung Mittel im Haushalt 2024 eingeplant.

Der Gemeinderat fasst mit 16 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

B e s c h l u s s :

Dem Antrag auf Erstellung eines Bebauungsplans für Mahdäcker wird zugestimmt.

Antrag Nr. 14

Bürgermeister Kurz berichtet zum Thema Bushaltestelle in der Straße zur Rudolfshöhe, dass es hierzu keinen anderen Sachstand gibt. Er sagt zu, im Ausschuss für Umwelt und Technik darüber zu berichten, sobald Neuigkeiten hierzu vorliegen.

Eine Beschlussfassung hierüber erfolgt deshalb nicht.

Antrag Nr. 15

Stadträtin Schwarz erkundigt sich zum Antrag ihrer Fraktion betreffend Hochwasser- und Starkregenmaßnahmen, wofür Mittel im Haushalt 2024 eingeplant wurden.

Herr Hirn berichtet, dass dies Mittel für die Unterhaltungsmaßnahmen an Wasserläufen, die Verbesserung der Wasserführung sowie den laufenden Hochwasserschutz sind.

Abschließend fasst der Gemeinderat mit 14 Ja-Stimmen und drei Enthaltungen folgenden

B e s c h l u s s :

Nachdem bereits Mittel in Höhe von 40.000 Euro im Haushalt eingeplant sind, kann dem Antrag für die Planungsrate / Mittel für die Umsetzung Hochwasser / Starkregenmaßnahmen zugestimmt werden.



Antrag Nr. 16

Stadträtin Schwarz erklärt zum Antrag ihrer Fraktion, zusätzliche Stellen im Kita-Bereich zu schaffen, dass Ziel ist, möglichst viele Stellen zu schaffen. Zur notwendigen Zahl von PiA-Stellen kann sie jedoch nichts sagen.

Frau Hecht erklärt dazu, dass zwei Stellen angedacht sind. Eine davon ist umsetzbar. Die zweite Stelle ist abhängig von der Personalausstattung, da PiA-Auszubildende auch Anleitung brauchen.

Stadtrat Steck weiß um die große Not im Kita-Bereich. Er sagt deshalb für seine Fraktion die Unterstützung dieses Antrags zu. Außerdem erinnert er daran, dass auch in den letzten Jahren schon viel in diesem Bereich getan wurde.

Bürgermeister Kurz schlägt vor, den Beschluss zu konkretisieren und zwei Stellen im städtischen Kitabereich zu beschließen.

Abschließend fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen

B e s c h l u s s:

Dem Antrag zur Schaffung von zwei PiA-Stellen im städtischen Kita-Bereich wird zugestimmt.

Antrag Nr. 17

Die FUW beantragt, bei der Vergabe von städtischen Aufträgen ortsansässige und gewerbesteuerbringende Unternehmen zu berücksichtigen.

Herr Hirn erklärt, dass dies bereits jetzt schon so gehandhabt wird sofern die Vergaberichtlinien es erlauben.

Abschließend fasst der Gemeinderat mit 15 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen folgenden

B e s c h l u s s:

Dem Antrag, Aufträge an ortsansässige und gewerbesteuerbringende Unternehmen zu vergeben, wird zugestimmt, sofern die Vergaberichtlinien es zulassen.

Antrag Nr. 18

Der Antrag der FUW betrifft unter anderem den Umgang mit Freiflächen, die im Flächennutzungsplan als hochwertige Naturräume und Flächen für die Landwirtschaft ausgewiesen sind sowie die Förderung von Balkonkraftwerken.

Bürgermeister Kurz lässt über die einzelnen Anträge gesondert abstimmen.



Mit 14 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss:

Es werden keine Ackerflächen für die Errichtung von PV-Großanlagen herangezogen.

Mit sieben Ja-Stimmen, neun Nein-Stimmen und einer Enthaltung ist der Antrag, einen Fördertopf für Balkonkraftwerke einzurichten, abgelehnt.

Mit 15 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss:

Das Baulückenkataster soll in regelmäßigen Abständen aktualisiert und veröffentlicht werden.

Mit 16 Ja-Stimmen und einer Enthaltung fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss:

Für Gebiete, die im Flächennutzungsplan als Wohnbaugebiete ausgewiesen sind, soll die Planung zeitnah vorangetrieben werden.

Antrag Nr. 19

Dieser Antrag betrifft, so Stadtrat J. Kimmich, das Thema Neubau Feuerwehrhaus. Stadtrat Kimmich stellt fest, dass Unternehmen immer standortgerecht und entsprechend der Bedürfnisse bauen. So sollte auch hier verfahren werden. Die FUW-Fraktion beantragt deshalb eine modulare Bauweise. Diese Option sollte auf jeden Fall in Betracht gezogen werden. Eventuell zeigt sich dann, dass ein Gebäude nur für eine Abteilung benötigt wird, und sich die Kosten dann reduzieren. Notwendig ist auch eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung.

Stadtrat J. Harrer machte sich im Internet kundig. Es gibt diese Modulbauten, die auch schnell gebaut werden könnten. Man sollte es zumindest in Betracht ziehen und sich informieren. Trotzdem wird natürlich eine Gesamtplanung benötigt.

Stadträtin Schwarz erkundigt sich bei ihrem Kollegen Kimmich, ob tatsächlich so beschlossen werden soll oder die FUW zuerst einmal nur eine Prüfung des Vorschlags wünscht.

Stadträtin Madera spricht sich dafür aus, den Prozess offen anzugehen und diesen Vorschlag einmal zu prüfen.

Bürgermeister Kurz schlägt eine Abänderung des Beschlussvorschlags dahingehend vor, die Verwaltung zu beauftragen, prüfen zu lassen, ob das Feuerwehrhaus in Modulbauweise erstellt werden kann.



Abschließend fasst der Gemeinderat mit 12 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und vier Enthaltungen folgenden

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, prüfen zu lassen, ob das Feuerwehrhaus in Modulbauweise gebaut werden kann.

Antrag Nr. 20

Stadtrat Mack erklärt zu diesem Antrag, der das Thema Personal betrifft, dass das Thema Grundsteuerreform als Projekt betrachtet werden kann und die Stelle deshalb befristet werden könnte. Die Stelle Bevölkerungsschutz könnte, wie bereits jetzt die Stelle Klimaschutzmanager, interkommunal besetzt werden.

Stadtkämmerer Dieter erklärt zur Stelle Grundsteuer, dass sich aus dieser Stelle langfristig mehr ergeben wird. Ab 2024 gibt es nur noch den Messbetrag und die Steuernummer. Das Stoßgeschäft fällt zwar weg, trotzdem ist die weitere Bearbeitung mit dem vorhandenen Personal nicht mehr leistbar. Eine Befristung ist deshalb nicht möglich.

Bürgermeister Kurz bestätigt dies. Der Vorschlag zum Thema Bevölkerungsschutz kann durchaus geprüft werden. Allerdings müsste auch in diesem Fall die Stelle bei der Stadt Aichtal in den Stellenplan.

Stadtrat Kimmich dankt Herrn Dieter für seine Erklärung zur Stelle Grundsteuer, die nachvollziehbar ist. Er zieht deshalb diesen Antrag zurück.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

B e s c h l u s s:

Es wird von der Verwaltung geprüft, ob die Stelle Bevölkerungsschutz interkommunal besetzt werden kann. Sie wird jedoch im Stellenplan belassen.

Antrag Nr. 21

Dieser Antrag der FUW-Fraktion betrifft eine Investitions- und Sanierungsübersicht in allen drei Stadtteilen für die kommenden Jahre bis 2030.

Bürgermeister Kurz verweist hier auf die mittelfristige Finanzplanung. Außerdem wurde eine interaktive Karte für alle städtischen Gebäude erstellt, in der dies dokumentiert wird. Er schlägt vor, im zweiten Quartal 2024 diese Karte noch einmal im Gemeinderat vorzustellen.

Hiermit ist der Gemeinderat einstimmig einverstanden. Über den Beschlussantrag Nr. 21 wird deshalb nicht mehr abgestimmt.



Antrag Nr. 22

In Anbetracht der Verantwortung des Gemeinderats für die Stadt Aichtal und die bevorstehende schwierige finanzielle Haushaltslage hat die Fraktion Liberale Bürger/FDP bewusst keine Haushaltsanträge gestellt. Die anstehenden Leuchtturmprojekte sowie die stark steigende Kreisumlage lassen keinen Spielraum. Die Fraktion sagt Unterstützung für sinnvolle Streichungsvorschläge und Kürzungen zu.

Antrag Nr. 23

Der Tageselternverein beantragt die Erhöhung der Platzpauschale auf monatlich 100 Euro. Bürgermeister Kurz erinnert daran, dass diese Pauschale 2022 eingeführt wurde und derzeit bei 50 Euro liegt. Den Tageseltern kommt in der Kinderbetreuung eine wichtige Rolle zu. Allerdings hält Bürgermeister Kurz eine Verdoppelung derzeit für nicht umsetzbar. Er könnte sich eine Erhöhung auf 75 Euro vorstellen.

Stadtrat Steck bestätigt, dass die Tageseltern dringend gebraucht werden. Allerdings kann auch er einer Erhöhung auf 100 Euro nicht zustimmen, obwohl die großen Kreisstädte dies teilweise schon einführen. Den Vorschlag des Bürgermeisters begrüßt er.

Abschließend fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen

B e s c h l u s s:

Dem Antrag auf Erhöhung der Platzpauschale wird zugestimmt. Die Platzpauschale wird auf 75 Euro pro Kind festgelegt.

Antrag Nr. 24

Der Waldorfkindergarten möchte seine PiA-Stelle verlängern und eine weitere Ausbildungsstelle schaffen. Bürgermeister Kurz stellt fest, dass die Verwaltung diese Anträge befürwortet. Allerdings muss der Waldorfkindergarten dabei im Auge behalten, die eigene Personaldecke zu stärken.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen

B e s c h l u s s:

Dem Antrag auf Verlängerung der PiA-Stelle im Waldorfkindergarten wird zugestimmt.

Der Gemeinderat fasst mit zehn Ja-Stimmen und sieben Enthaltungen folgenden

B e s c h l u s s:

Dem Antrag auf Schaffung einer zusätzlichen Ausbildungsstelle im Waldorfkindergarten wird zugestimmt.



Antrag Nr. 25

Die Verwaltung beantragt die Streichung der Ausgaben für die Feuerwehrfahrzeuge Kommandowagen und Mannschaftstransportwagen. Aufgrund des vorliegenden Bedarfsplans werden beide Fahrzeuge nicht benötigt.

Bürgermeister Kurz bittet den ersten stellvertretenden Kommandanten der Feuerwehr Aichtal, Christian Wahl, an den Sitzungstisch.

Herr Wahl verweist auf den Bedarfsplan. Hier wurde grundsätzlich der Bedarf der beiden Fahrzeuge beschlossen. Die Feuerwehr hat kein Problem damit, wenn auf den Kommandowagen verzichtet wird. Allerdings ist der Mannschaftstransportwagen 28 Jahre alt. Herr Wahl verweist auch darauf, dass man 2024 noch einen Zuschuss von 13.000 Euro für dieses Fahrzeug erhalten könnte. Er regt an, die Kosten dafür auf zwei Jahre aufzuteilen, also zuerst das Gestell anzuschaffen und dann den Aufbau.

Stadtrat Steck dankt Herrn Wahl, dass dieser mit dem Verzicht auf den Kommandowagen mitgehen kann. Gerne hätte er nähere Informationen zum Mannschaftstransportwagen.

Herr Wahl berichtet, dass der Mannschaftswagen keine Dreipunktgurte und keine Airbags hat. Er verweist auch darauf, dass für diesen Mannschaftstransportwagen im Bedarfsplan Priorität 1 festgestellt wurde.

Stadtrat Steck hält ein Splitting, wie von Herrn Wahl vorgeschlagen, für sinnvoll und könnte diesen Vorschlag unterstützen.

Stadtrat Mack interessiert, ob auch in diesem Falle ein Zuschuss zu erwarten wäre. Ansonsten wäre in seinen Augen nichts gewonnen. Derzeit ist unklar, ob es künftig noch entsprechende Förderungen geben wird.

Herr Wahl erklärt, dass der Antrag bis zum 15.02.2024 gestellt werden müsste. Bis Mitte 2024 könnte dann angefangen und der Rest in 2025 gemacht werden.

Herr Dieter erklärt, dass ein Splitting haushaltstechnisch nichts bringt. Wenn die Anschaffung des Wagens tatsächlich sinnig ist, muss diese beschlossen und der Zuschuss beantragt werden.

Abschließend fasst der Gemeinderat folgende einstimmige

Beschlüsse:

Der Kommandowagen wird gestrichen. Die Mittel für den Mannschaftstransportwagen bleiben im Haushalt.



Antrag Nr. 26

Aufgrund der schlechten Einnahmesituation des Ergebnishaushaltes muss die Einnahmesituation der Stadt verbessert werden. Herr Dieter erklärt, dass durch eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von 370 v.H. auf 380 v.H. pro Jahr mit circa 200.000 Euro mehr an Erträgen gerechnet werden kann.

Auf Nachfrage von Stadträtin Schwarz, wo Aichtal im Gemeinderanking liegt, berichtet Herr Dieter, dass der Durchschnitt im Land bei 377 v.H. liegt, im Landkreis bei 372 v.H., wobei bei manchen Gemeinden die Erhöhung noch aussteht. Außerdem gibt es durchaus eine Anzahl von Gemeinden, die über 390 v.H. liegen.

Abschließend fasst der Gemeinderat mit zwölf Ja-Stimmen, vier Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

B e s c h l u s s:

Dem Antrag der Verwaltung, den Gewerbesteuersatz zu erhöhen, wird zugestimmt.

Antrag Nr. 27

Aufgrund der schlechten Haushaltslage beantragt die Verwaltung, die Mittel für die Sanierung des Radwegs Gassenäcker zu streichen. Damit könnten die nächsten beiden Jahre ordentliche Summen eingespart werden. Mit einfachen Mitteln wird für die Verkehrssicherheit selbstverständlich trotzdem gesorgt.

Stadtrat Steck spricht sich grundsätzlich für den Ausbau des Radwegs aus. Er erkundigt sich, was diese einfachen Mittel wären und wie hoch die Kosten dafür ausfielen.

Herr Hirn erklärt, dass die Schlaglöcher geschlossen werden müssten. Die Kosten hierfür lägen im unteren vierstelligen Bereich.

Stadtrat Bund hat Bedenken. Das Ausbessern hält oft nur eine kurze Zeit und der Weg ist mehr als schlecht. Er schlägt vor, zuerst einmal den Weg Richtung Wolfschlugen zu sanieren und die Sanierung der Lindenstraße in Richtung Harthausen zurückzustellen.

Stadträtin Schwarz fällt es derzeit schwer, Geld für einen Radweg auszugeben.

Stadtrat Kimmich stellt fest, dass die Straße in den genannten Bereichen wirklich kaputt ist. Es handelt sich dabei um die beiden schlechtesten Wege Aichtals. Er begrüßt den Vorschlag von Stadtrat Bund.

Herr Hirn erläutert, dass für die beiden Wegabschnitte einmal 250.000 Euro und einmal 200.000 Euro notwendig würden.

Stadtrat J. Harrer mahnt, große Maßnahmen zu schieben. Er spricht sich deshalb nur für die Verkehrssicherung aus. Stadträtin Schwarz schließt sich dem an.



Bürgermeister Kurz berichtet, dass es sich hier um den Hohenzollernradweg handelt. Fördermittel wären eventuell zu bekommen, jedoch nur mit einem Radverkehrskonzept. Man könnte mit den zuständigen Behörden noch einmal ins Gespräch gehen.

Stadtrat Kimmich bedauert, dass dies nicht vorher überprüft wurde.

Abschließend fasst der Gemeinderat mit elf Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und vier Enthaltungen folgenden

B e s c h l u s s:

Dem Antrag, die Mittel für den Radweg Gassenäcker zu streichen, wird zugestimmt.

Antrag Nr. 28

Stadtkämmerer Dieter erklärt, dass voreilig zwei Millionen Euro für eine Unterkunft eingestellt wurden. Eine Million hierfür ist ausreichend, eine Million wird jedoch für den Erwerb eines passenden Grundstücks benötigt.

Bürgermeister Kurz erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass es sich hierbei um eine Pflichtaufgabe handelt und unbedingt vermieden werden soll, Hallen zu belegen.

Abschließend fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen

B e s c h l u s s:

Dem Antrag der Verwaltung, die für die Unterkunft eingeplanten Mittel umzuschichten, wird zugestimmt.

Antrag Nr. 29

Dieser Antrag der Verwaltung betrifft die Mehrzweckhalle. Die Verwaltung empfiehlt, diese nicht weiter zu erhalten. Bürgermeister Kurz ist klar, dass dies eine schwierige Entscheidung ist. Sie ist fast jeden Tag mit irgendwelchen Gruppen oder Vereinen belegt.

Herr Ochs erläutert die anstehenden Kosten. So werden die nächsten drei Jahre 775.000 Euro notwendig, im Zeitraum von drei bis sieben Jahren sind es 500.000 Euro und im Zeitraum von sieben bis zehn Jahren noch einmal 350.000 Euro. Insgesamt wäre also deutlich mehr als eine Million Euro notwendig. Herr Ochs berichtet über einen Wassereintritt im Foyer, bei dem nicht feststellbar ist, woher er kommt. Innen gibt es Tore zu den Geräteräumen, die nicht mehr geschlossen werden können. Das Dach muss saniert werden.

Stadträtin Schwarz erkundigt sich, ob dies geschoben werden kann. Herr Ochs erklärt dazu, dass die Lichtkuppeln auf jeden Fall geschlossen werden müssen.



Stadtrat Steck verweist auf den Antrag der Grünen zur Festhalle Aich. Es gibt keine Alternative für die Mehrzweckhalle. Auch er stellt fest, dass sie sehr häufig belegt ist. Sie wird auf jeden Fall die nächsten zehn Jahre noch benötigt. Er erklärt, dass der Wassereintritt unbedingt behoben werden muss, die notwendige Betonsanierung sollte jedoch geschoben werden.

Stadtrat Bund stellt rückblickend fest, dass die Entscheidung vor vielen Jahren, die Mehrzweckhalle abzureißen, falsch war. Die Halle ist zu schade für einen Abriss. Jetzt sollte das Dach abgedichtet und danach sollte sie jedes Jahr ertüchtigt werden. Sie wird gebraucht.

Stadtrat Kimmich stellt fest, dass man einen Ersatzbau bräuchte. Der Abbruch der Halle ist in seinen Augen keine Alternative.

Auch Stadträtin Sturm bekräftigt, dass die Halle gebraucht wird.

Stadtrat Bubeck empfindet die Entscheidung als schwierig. Er befürchtet, dass die Belegungen woanders schwierig werden könnten.

Für Stadtbaumeister Hirn ist wichtig zu erfahren, wo die Reise hingeht. Den Wortmeldungen entnimmt er ein deutliches Stimmungsbild.

Bürgermeister Kurz erklärt, dass man sich aus finanziellen Gründen auf jeden Fall von der Mehrzweckhalle trennen sollte. Aber auch er sieht, dass sie tatsächlich gebraucht wird.

Auf Nachfrage von Stadtrat Steck erklärt Herr Ochs, dass die Betonsanierung noch ein Jahr geschoben werden kann.

Herr Dieter stellt dazu allerdings fest, dass ein Hinausschieben das Problem nur verlagert. Die Aufsichtsbehörde prüft auch die mittelfristige Finanzplanung. Deshalb müssen Beträge nicht verschoben sondern gestrichen werden.

Abschließend fasst der Gemeinderat mit 16 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

B e s c h l u s s:

Die Mehrzweckhalle wird auch weiterhin erhalten.

Stadtrat Vater verlässt aus gesundheitlichen Gründen die Gemeinderatssitzung.

Antrag Nr. 30

Aufgrund fehlender finanzieller Mittel beantragt die Verwaltung, die Mittel für die Umgestaltung des Hindenburgplatzes in Grötzingen zu streichen. 2024 wären dies 100.000 Euro, 2025 400.000 Euro.

Stadtrat Kimmich stellt fest, dass bei einer Streichung der Mittel und einer einfachen Umgestaltung des Platzes die Bürgerbeteiligung eingeschränkt werden müsste.



STADT AICHTAL

Stadtrat Steck äußert sein Unverständnis, dass vorher dieser Punkt behandelt wurde und nun Mittel gestrichen werden sollen. Er stellt fest, dass für 2023 40.000 Euro Planungskosten eingestellt waren. Er spricht sich deshalb dafür aus, jetzt trotzdem eine gute Planung zu erstellen und diese dann zu einem späteren Zeitpunkt zu verwirklichen.

Stadtrat Bubeck möchte dieses Projekt auf Eis legen. Bedauerlicherweise geht es nicht anders. Es muss gespart werden.

Stadtrat Kimmich befürchtet, dass der Gemeinderat dieses Thema heute Abend nicht in den Griff bekommt.

Bürgermeister Kurz kann sich vorstellen, dass 2024 nur Kosten für die Planung eingestellt werden. Danach sollte man schauen, was man sich diesbezüglich später leisten kann.

Herr Hirn schlägt vor, für die Umsetzung ein Limit zu setzen. Damit hätten alle eine ganz klare Leitplanke.

Stadtrat Kimmich bezeichnet dies als einen seriösen Ansatz.

Stadtrat Bund stellt fest, dass heute der Architekt da war und nun soll wieder alles umgeworfen werden. Man sollte zumindest davon ausgehen, dass man eine Verbesserung der Platzsituation möchte. 600.000 Euro für die Umsetzung scheinen ihm zu viel, hier könnte man streichen.

Stadtrat Steck dankt für das Statement seines Kollegen Bund. Er könnte sich vorstellen, mit einer geringeren Summe weiter zu planen. Nächstes Jahr ist ohnehin noch nicht viel Geld hierfür notwendig.

Herr Dieter kann hier bedauerlicherweise nicht mitgehen. Es muss gespart werden. Wenn nicht hier, dann bei bestehenden Gebäuden. 100.000 Euro könnten für Planungskosten und erste Maßnahmen eingestellt werden, mehr nicht.

Herr Hirn erklärt, dass damit auf jeden Fall die Machbarkeit geprüft und eine Bürgerbeteiligung durchgeführt sowie kleinere Schritte verwirklicht werden könnten.

Stadtrat Bund begrüßt, sich mit kleinen Schritten dem Thema anzunähern.

Bürgermeister Kurz schlägt vor, die genannten 100.000 Euro in den Beschluss aufzunehmen.

Abschließend fasst der Gemeinderat mit 15 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

B e s c h l u s s :

Dem Antrag, den Hindenburgplatz in einfacher Form umzugestalten, wird zugestimmt. Hierzu werden im Haushaltsplan 100.000 Euro zur Verfügung gestellt.



Antrag Nr. 31

Die Verwaltung schlägt als weitere Sparmaßnahme eine Kürzung bei den Mitteln für die Bauunterhaltung vor und macht hierfür konkrete Vorschläge.

Stadtrat Bund wundert sich. Seiner Meinung nach hätte das doch schon vorher möglich sein müssen.

Herr Ochs erklärt, dass man gern mehr gemacht hätte, um beispielsweise die Außenanlage der Schulstraße 21 schöner zu gestalten.

Herr Hirn ergänzt, dass bei der Haushaltsaufstellung zuerst einmal Mittel angemeldet werden, die man für notwendig und wünschenswert hält. Stellt sich dies als unpraktikabel heraus, kann bei einzelnen Sachen gekürzt werden.

Abschließend fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen

B e s c h l u s s:

Dem Antrag, die Mittel für die Bauunterhaltung zu kürzen, wird zugestimmt.

Antrag Nr. 32

Im Nachgang zu den schriftlich fixierten Anträgen bringt Herr Dieter in die Beratung noch die gewünschte Blitzersäule für die Stuttgarter Straße ein. Die Verwaltung schlägt angesichts der Kosten von 85.000 Euro vor, hierauf verzichten.

Stadtrat Steck möchte auf den Blitzler nicht verzichten.

Frau Zalder erklärt, dass es andere Möglichkeiten gibt. Beispielsweise könnte ein solches Gerät auch gemietet werden. Ebenfalls möglich wäre das Arbeiten mit sogenannten Fallpau-schalen. Außerdem könnte vermehrt mobil geblitzt werden. Dies alles muss jedoch noch genauer geprüft werden.

Stadtrat J. Harrer könnte auf eine stationäre Anlage verzichten. Stattdessen sollten mehr mobile Kontrollen gemacht werden.

Abschließend fasst der Gemeinderat mit 12 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und drei Enthaltungen folgenden

B e s c h l u s s:

Auf die Anschaffung einer eigenen Blitzersäule für die Stuttgarter Straße wird verzichtet.

Herr Dieter erklärt am Ende der Haushaltsberatung, dass noch mehr eingespart werden muss. Eventuell muss bei der Straßenunterhaltung noch mehr gestrichen werden. Manche



Maßnahme kann vorgezogen oder nach hinten geschoben werden. Außerdem könnten Maßnahmen, die konsumtiv sind, in die Finanzplanung verlagert werden, was er jedoch nicht unbedingt machen möchte. Am besten wären nach wie vor Minderausgaben, um den Haushalt ins Lot zu bringen. Die Kämmerei wird das nun prüfen und Herr Dieter wird den Gemeinderat rechtzeitig vor der nächsten Sitzung informieren, wo eingegriffen werden muss.

§ 3

Stadtentwicklung: 9. Änderung B-Plan "Schönblicksiedlung" - Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhielt jeder Stadtrat die Vorlage Nr. 167/2023. Sie ist diesem Protokoll beigelegt.

Zur Realisierung eines privaten Bauvorhabens, dessen Schwerpunkt auf der Nutzung im Bereich betreutes Wohnen liegen soll, müssen die planungsrechtlichen Rahmenbedingungen angepasst werden. Die Festsetzungen des Bebauungsplans „Schönblicksiedlung“ sollen hierfür begrenzt auf das Baugrundstück geringfügig geändert werden.

In öffentlicher Sitzung am 19.07.2023 hat der Gemeinderat den Beschluss zur 9. Änderung des Bebauungsplanes „Schönblicksiedlung“ im beschleunigten Verfahren nach §13a BauGB gefasst und den Entwurf der Planung in der Fassung vom 11.07.2023 gebilligt. Ziel der Bebauungsplanänderung ist die innerörtliche Nachverdichtung für Wohnraumzwecke. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften wurden in der Zeit vom 14.08.2023 bis 15.09.2023 öffentlich ausgelegt. Während dieser Zeit wurden auch die betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am Verfahren beteiligt.

Während der öffentlichen Auslegung wurden keine Stellungnahmen seitens der Öffentlichkeit abgegeben. Die eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind der Sitzungsvorlage mit einer Stellungnahme der Verwaltung und der Planer beigelegt.

Aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen sind aus planerischer Sicht keine Änderungen der vorgeschlagenen Festsetzungen erforderlich. Es wird die Ergänzung von Hinweisen zum Baugrund, zum Artenschutz und zur weiteren Bepflanzung empfohlen. Der Plan wird redaktionell um aktuelle Verfahrensvermerke ergänzt. Die Begründung wird entsprechend der vorgeschlagenen Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen angepasst.

Da aus planerischer Sicht keine Änderungen der Planfestsetzungen erforderlich sind, kann der Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften gefasst werden. Mit der öffentlichen Bekanntmachung der Satzungsbeschlüsse treten der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften in Kraft.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 15 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden



Beschluss:

1. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander werden die vorgetragenen Stellungnahmen entsprechend den beiliegenden Stellungnahmen der Verwaltung und Planer berücksichtigt beziehungsweise wird ihnen entsprechend den beiliegenden Stellungnahmen der Verwaltung und Planer nicht entsprochen.
2. Der im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch aufgestellte Bebauungsplan „Schönblicksiedlung - 9. Änderung“ in der Fassung vom 11.07.2023/18.10.2023 wird nach § 10 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 4 Gemeindeordnung als Satzung beschlossen.
3. Die zusammen mit dem Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch aufgestellten örtlichen Bauvorschriften „Schönblicksiedlung - 9. Änderung“ in der Fassung vom 11.07.2023/18.10.2023 werden nach § 74 Landesbauordnung in Verbindung mit § 4 Gemeindeordnung als Satzung beschlossen.
4. Die Begründung zum Bebauungsplan und den örtlichen Bauvorschriften „Schönblicksiedlung - 9. Änderung“ in der Fassung vom 11.07.2023/18.10.2023 wird gebilligt.

§ 4

Freiwillige Feuerwehr Aichtal - gemeinsames Feuerwehrhaus

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhielt jeder Stadtrat die Vorlage Nr. 168/2023. Sie ist diesem Protokoll beigelegt.

Dieser Punkt wurde bereits am Beginn der Sitzung auf Antrag von Stadtrat Steck von der Tagesordnung genommen.

§ 5

Mitarbeiterbindung bei der Stadt Aichtal, hier: Gesundheitsförderung

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhielt jeder Stadtrat die Vorlage Nr. 159/2023. Sie ist diesem Protokoll beigelegt.

Die Mitarbeitergesundheit ist eine zentrale Säule, die direkt die Produktivität, das Engagement und die Zufriedenheit beeinflusst. Die Stadt Aichtal hat die Möglichkeit, durch konkrete Maßnahmen nicht nur die Gesundheit ihrer Mitarbeiter zu unterstützen, sondern auch ihre Attraktivität als Arbeitgeber zu erhöhen.

Die deutliche Nachfrage nach betrieblichen Gesundheitsprogrammen seitens der Belegschaft zeigt, wie wichtig dieses Thema geworden ist. Gesundheitsförderung ist nicht nur eine



Investition in das Wohlbefinden der Mitarbeiter, sondern kann langfristig zu finanziellen Einsparungen und erhöhter Effizienz führen.

Daher schlägt die Stadtverwaltung vor, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Aichtal einen kostenfreien Zugang zum Gartenhallenbad Aichtal-Neuenhaus zu gewähren. Die Maßnahme wird vom Personalrat ausdrücklich unterstützt und soll verschiedene Vorteile bringen. So wird neben der physischen Gesundheit auch die mentale Gesundheit gefördert.

Die Vielzahl der Vorteile, von der direkten Gesundheitsförderung bis zur Attraktivitätssteigerung als Arbeitgeber, macht dieses Angebot zu einer sinnvollen und wertvollen Investition. Die Stadtverwaltung und der Personalrat bitten den Gemeinderat, diesen Vorschlag zu bewilligen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 13 Ja-Stimmen und drei Nein-Stimmen folgenden

B e s c h l u s s:

Um die Mitarbeitergesundheit zu stärken und die Bindung von Arbeitskräften zu verbessern, beschließt der Gemeinderat, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Dauer ihres Beschäftigungsverhältnisses einen kostenlosen Zutritt in das Gartenhallenbad in Aichtal-Neuenhaus erhalten.

§ 6

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung

Unter diesem Tagesordnungspunkt gibt es nichts bekannt zu geben.

§ 7

Fragen und Anregungen aus der Bürgerschaft

a) Waldweg zwischen Aich und Neuenhaus

Ein Bürger berichtet vom schlechten Zustand des Waldwegs circa 100 m nach der Kohlplatte in Aich. Dort gibt es sehr große Schlaglöcher.

Herr Hirn sagt Überprüfung zu.

§ 8

Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen.